



Verleger: Carl H. ... Druck: ...

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung ...

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Nr. 165 - Ausgabe A Nr. 84

Ausgabe für Berlin u. Umgebung Nr. 164

und Handels-Zeitung

Donnerstag, 9. April 1921

50. Jahrgang

Die heutige Wahl des preussischen Ministerpräsidenten.

Noch keine Entscheidung.

Die Regierungsbildung in Preussen war auch am gestrigen Tage Gegenstand erneuter Verhandlungen zwischen den Fraktionen des preussischen Landtags. Diese Verhandlungen haben aber auch gestern ein praktisches Ergebnis nicht gezeigt.

Da auf der einen Seite die Sozialdemokraten dazu festhalten, mit der Deutschen Volkspartei nicht mehr zu ver-

handeln, auf der anderen Seite aber die Demokraten und das Zentrum auf ihrem Standpunkt beharren, die Deutsche Volkspartei in die Regierungsbildung einzubeziehen, sind alle Veruche der Regierungsbildung bisher völlig gescheitert.

Die sozialdemokratische Fraktion lehnt jede weitere Verhandlung mit der Deutschen Volkspartei ab, auch durch den eventuell heute zu wählenden Ministerpräsidenten. Die Sozialdemokratie erklärt, sich nur an einer Regierung auf Grund der bisherigen Koalition beteiligen zu wollen.

America und die Mandate.

Donnerstag, 9. April 1921

Donnerstag, 9. April 1921

Donnerstag, 9. April 1921

Unter dem Eindruck der Londoner Verhandlungen und der sich daran schließenden Maßnahmen der Einigkeit hat die deutsche öffentliche Meinung von Vorkäufen wenig Not genommen, die zwar nicht in dem Maße unmittelbar unsere Existenz betreffen, wie jene, aber doch gleichfalls von schwerwiegender Bedeutung für uns sind.

Bereits im November 1920 hatte der amerikanische Staatssekretär Colby eine Note an die englische Regierung geschickt, worin er den Standpunkt der Vereinigten Staaten über die Mandatsgebiete in Mesopotamien klar vorzutragen suchte.

An ihrer Antwort vom Anfang März dieses Jahres hat die englische Regierung beauftragt, daß die Kommission über die Mesopotamienfrage in Mesopotamien schon vor dem Ausbruch einer englischen Expedition in den türkischen Regierungsbereich zu gehen.

Diese amerikanische Forderung war inzwischen in einer Note an den Völkerbund vom Februar dieses Jahres erneut erhoben worden. Es wird darin erklärt, daß die amerikanische Zustimmung zur Gültigkeit irgendwelcher Beschlüsse über die Mandate notwendig sei.

An der Antwort des Völkerbundes vom 2. März d. J. stellt sich dieser auf den Standpunkt, daß die Zuteilung der Mandate unterlebendigen Gebieten der Vereinigten Staaten nicht für gebunden erachtet werden kann.

Die von Völkerbundsrat vertretene Auffassung, daß für die Zuteilung der Mandate nicht er, sondern der Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien und Japan (die Vereinigten Staaten sind darin gegenwärtig nicht vertreten), zuständig ist, ist nach dem Inhalt der Völkerbundsungsentscheidung zweifellos unrichtig und kann nur als ein Scheitern angesehen werden.

Daß die bisher erfolgte Zuteilung von Mandaten über unsere bisherigen Kolonien einen Bruch der Festschlüsse der Völkerbundsungsentscheidung darstellt, ist klar. Für die Vereinigten Staaten von Amerika, welche in dem Vertrag nicht getreten sind, entspricht das von den Vereinigten Staaten und dem Völkerbundsrat eingehend beschriebene Mandat von einem anderen Standpunkt aus eine Verletzung der amerikanischen Rechte.

Die Verschärfung der Krisis in England.

Ablehnung des neuen Konferenzvorschlages durch die englischen Bergleute.

(Privatmeldung)

Der heute von den Transportarbeitern und Eisenbahnen geführte Streik, in dem Sympathiestreik zu treten, gilt für den Rest nachfolgender Tage, das es zu seinen Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern mehr kommt. England wird also, wenn die Regierung nicht während der nächsten 48 Stunden nach einer Lage ausbrechen lassen, die Verhandlung tritt umlangweilige Maßnahmen. Sie hat alle Gemeinden aufgelöst, eine freiwillige Polizei zu bilden, die wahrscheinlich unentgeltlich wird. Heute morgen hat der Generalstreik der Eisenbahnen eine Sitzung von drei Stunden abgehalten. Danach hat der Ausschuss dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß die Eisenbahnen eine neue Konferenz mit den Gewerkschaften nur haben wollen, wenn seine Bedingungen für die Wiedereröffnung der Frage der Pumpenarbeiter gestellt werden.

Lord George teilte dann im Unterhaus mit, daß sein Verbleiben, die Unterhandlungen wieder aufnehmen zu lassen, entschieden sei. Er erklärte, die Politik des Eisenbahnenstreiks, die Gruben einfach zu ruinieren, werde für die Eisenbahnen sehr verhängnisvoll sein und für die Nation eine Katastrophe sein, deshalb solle den Streikwilligen ausweichender Schutz gewährt werden.

Im weiteren Verlauf der Unterhausung verlas Lord George eine ähnliche Resolution, in der die Arbeitsverhältnisse und Freiwirtschaften für den nationalen Bedarf angeordnet werden.

Clemenceau fordert „Verlängerung der Kriegswirkung“.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Der erste Artikel, den Clemenceau nach seinem Abschied vom politischen Leben geschrieben hat, ist: „Die Wächter der Welt“. André Zardrieu berichtet ein Buch vor, das den Titel „Der Friede“ erhalten soll und alle Kräfte bringen wird die Lärmen aber den Vertrag von Versailles veröffentlicht hat. Ein Brief Clemenceaus an seine Mitarbeiter soll als Einleitung dienen, und dieser Brief wird morgen in der „Illustration“ erscheinen. Einige Auszüge werden schon heute gedruckt. Sie betonen, daß der alte Ziergeist nicht mehr mit dem Frieden, Clemenceau schreibt über den Vertrag und seine Gegner. Ich bedauere mich um den Frieden, daß der Versailles Vertrag - mag er auch von Herrn

Arbeiter werden sich, die Verhandlungen zwischen Grubenarbeitern und Bergleuten wieder in Gang zu bringen. Die Regierungsbildung ist sehr davon ab, den Parteien Vorschläge zu machen, und drängt darauf, daß die Regierung umlangweilige Zugeständnisse machen soll. Die meisten Vorschläge gehen dahin, daß die Regierung die nötigen Mittel zur Verfügung stellen soll, um die Grubenarbeiter in die Lage zu versetzen, die Arbeiten für einen gewissen Zeitraum wieder aufzunehmen, damit Unterhandlungen in der Zwischengzeit fortgesetzt werden können.

Kommunistische Unruhen in Schottland

Paris, 8. April. (Z. M.)

Das „Lige de Paris“ meldet aus London: Die britische Regierung hat über die kommunistischen Unruhen in Schottland abgefragt. In den kommunistischen Unruhen in Schottland sind die Grubenarbeiter, hauptsächlich bolschewistische Elemente, haben die meisten Gruben im Sturm genommen und unter Wasser gesetzt. Zum ersten Male seit dem Ausbruch der englischen Revolution ausgeübte militärische Vorbeugungen sind in einem industriellen Konflikt vorgenommen worden. Der „Daily Herald“ meldet, daß die Kommunisten in Glasgow, Glasgow und St. John die öffentlichen und sozialen Gebäude besetzt haben. Auch der „Daily News“ hat drei bolschewistische Infanterieregimenter mit Artillerie am Donnerstag früh in Schottland aufgestellt eingesetzt. Man fürchtet noch immer das Umherziehen der kommunistischen Revolte.

Arbeits als gewalttätig und von einigen Franzosen als ungenügend betrachtet werden - alle Interventionen in gleicher Weise bindet. Diese Bindung ist so fest, daß sie auch die französischen Arbeiter, nachdem sie den Vertrag erfüllt zu bemerken oder zu diskutieren versuchen, die strenge Anwendung des so laut beurteilten Vertrags fordern. Ich stelle fest und erlaube mir zu behaupten, daß der Vertrag von Versailles gleich allen anderen nichts anderes ist und fern fast als eine Verlängerung der Kriegswirkung (activité de la guerre) bis zur vollen Durchführung des Friedens. Das kann nicht bestritten werden, wenn nicht etwa der Friede nicht formuliert Verzicht gemacht werden soll, die von den Deutschen vertretene Partei für mich und mich zu erklären. In den weiteren Sätzen nennt Clemenceau den Sieg der Verbündeten den schönsten Erfolg, gleich anderen französischen Historikern, daß Deutschland sich dem Vertrag zu entziehen versuche und eine Revanche vorbereite. Er mahnt zur vollständigen Wachsamkeit, denn ein Vertrag sei nicht mehr als ein Blatt im Winde, wenn er nicht zur Ausführung gelangt.